



München, 30.04.2020

Ergänzungsband zum Jahresbericht 2020

Festsetzung der Versorgungsbezüge (TNr. 18)

Immer noch zu viele Versorgungsbezüge falsch – Qualität tut not

Nicht durchgreifend verbessert hat sich die Situation bei der Festsetzung von Versorgungsbezügen. Das Finanzministerium hat seine Zusage, deren Qualität nachhaltig zu verbessern, nicht eingehalten. Erneut stellte der ORH beträchtliche Fehler fest, die sich über die Jahre zu Millionenbeträgen addieren können.

Das Landesamt für Finanzen setzt als staatliche Pensionsbehörde zu Beginn des Ruhestandes die Versorgungsbezüge fest, die Beamte und Richter nach der Pensionierung erhalten. In den Jahren 2016 bis 2018 erstellte es rd. 25.000 Festsetzungen. Der ORH überprüfte hiervon nach Risikogesichtspunkten 800 Fälle und stellte bei fast 21 % davon Fehler fest. Er verhinderte damit jährliche Überzahlungen von 214.000 € und jährliche Unterzahlungen von 128.000 €, insgesamt also Fehlzahlungen von 342.000 €. Häufige Fehlerquellen waren die Berechnungen der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltsfähigen Bezüge sowie die Beteiligung anderer Dienstherren an der Versorgungslast.

Das Finanzministerium hatte schon 2016 und 2017 nach einer ORH-Prüfung in gleicher Sache auch gegenüber dem Landtag zugesagt, die Qualität der Festsetzung der Versorgungsbezüge nachhaltig zu verbessern. Angesichts der erneut festgestellten beträchtlichen Fehler empfiehlt der ORH, die Qualitätssicherung nun tatsächlich und nachhaltig zu verbessern. Über- und Unterzahlungen können sich über Jahre auf Millionenbeträge addieren; das sollte verhindert werden.